

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jens Kerstan und Dr. Heike Opitz (GAL) vom 08.08.07

und Antwort des Senats

Betr.: Rolle von Unternehmensberatungen beim Verkauf des LBK

Angesichts der bekannt gewordenen Interessenskonflikte bei der unüblichen Vergabepraxis an eine Unternehmensberatung unter Beteiligung des Präses der Wissenschaftsbehörde, Senator Dräger, stellt sich die Frage, wie das Verfahren zur Vergabe von Aufträgen an Unternehmensberatungen in ehemaligen Behörden, die zu der Zeit von Senator Dräger geleitet wurden, gehandhabt wurden. Dabei ist insbesondere interessant, ob auch im Rahmen des Privatisierungsverfahrens des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) die Expertise von Unternehmensberatungen in Anspruch genommen wurde. Bei diesem Privatisierungsverfahren war Senator Dräger als Präses der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit zeitweise maßgeblich am Verkauf des LBK beteiligt.

Wir fragen daher den Senat:

Der Senat beantwortet die Fragen teilweise auf der Grundlage von Auskünften der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH wie folgt:

- 1. Wurden im Rahmen der Privatisierung des LBK Unternehmensberatungen beschäftigt? Wenn ja, zu welchem Thema und welche Unternehmensberatung?*
- 2. Welche Aufträge an Unternehmensberatungen wurden durch die fachlich zuerst für den Mehrheitsverkauf des LBK zuständige Behörde für Umwelt und Gesundheit (BUG) unter Leitung Senator Rehag vergeben, welche Aufträge wurden durch die in der nächsten Legislaturperiode fachlich zuständige Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG) unter Leitung Senator Drägers vergeben und welche Aufträge an Unternehmensberatungen wurden durch die federführende Finanzbehörde vergeben?*

Im Rahmen der Teilprivatisierung des LBK Hamburg AöR wurde im August 2002 zum Thema „Beratung bei der (Teil-) Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser Hamburg – Anstalt des öffentlichen Rechts (LBK Hamburg)“ als Beratergruppe von der Finanzbehörde beauftragt:

- WestLB AG – Geschäftsbereich Investmentbanking und
- Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

sowie die Rechtsanwalts-Sozietäten

- Raupach & Wollert-Elmendorff und
- Baker & McKenzie.

Im Übrigen siehe Drs. 18/849.

3. *Warum war es notwendig, Unternehmensberatungen einzuschalten? Aus welchen Gründen reichte die Expertise der Behörden nicht aus?*

Beratungsdienstleistungen wurden in Anspruch genommen, weil derart hochkomplexe (Teil-) Privatisierungsprojekte mit ihrer speziellen Materie nicht zu den regelmäßigen Tätigkeiten der Verwaltung gehören und dafür keine ausreichende Expertise in den Behörden vorgehalten werden kann.

4. *Wie lange war der jeweilige Zeitraum, in der die einzelnen Unternehmensberatungen für die damalige BUG oder BWG tätig waren? Wie lange haben die einzelnen Aufträge gedauert?*
5. *Wie hoch sind die dadurch entstandenen Kosten? (Bitte aufschlüsseln nach Projekt oder Thema, der Unternehmensberatung und dem Jahr)*

Die Leistungen wurden größtenteils in den Jahren 2003 und 2004 erbracht. Die Kosten für das Verkaufsverfahren beliefen sich auf insgesamt rund 5,3 Millionen Euro und werden vom LBK getragen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Kosten für die Aktivitäten der Investmentbank, Wirtschaftsprüfer- und Rechtsberatungskosten. Eine Aufschlüsselung ist nicht möglich, da der größte Teil der Zahlungen Pauschalzahlungen an das Beraterkonsortium gewesen sind.

6. *Wie wurden die Unternehmensberatungen ausgewählt? Gab es öffentliche Ausschreibungen? Wenn nein, warum nicht? (Bitte aufschlüsseln nach dem Projekt oder Thema und Art der Vergabe)*

Die Auswahl erfolgte durch EU-weite Ausschreibung.

7. *Wie wurde mit eventuell auftretenden Interessenkonflikten umgegangen, sofern die BWG Aufträge an Unternehmensberatungen vergeben hat, angesichts der Tatsache, dass Senator Dräger selbst einmal bei einer Unternehmensberatung beschäftigt war?*
8. *Sollte es einen Auftrag an die Roland Berger Strategy Consultants GmbH gegeben haben: War Senator Dräger an der Entscheidung beteiligt, dass die Roland Berger Strategy Consultants GmbH diesen Auftrag erhalten hat? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, wer hat es dann entschieden?*

Entfällt.

9. *Gab es bereits andere Aufträge an die Roland Berger Strategy Consultants GmbH durch die damalige BWG? Wenn ja, inwieweit war Senator Dräger an der Auswahl beteiligt?*

Nein.

10. Für welche Projekte oder Themen beschäftigte die ehemalige Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG) eine Unternehmensberatung (Bitte aufschlüsseln nach den einzelnen Aufträgen und der Bezeichnung der Aufträge, soweit es nicht schon durch die Drs. 18/6563 beantwortet ist)

Für den Bereich Gesundheit:

- Interimsmanagement für die Klinische Abteilung des BNI sowie Erstellung eines Konzepts zur Fortführung der Klinischen Abteilung des BNI – Auftragsvergabe November 2004
- Einführung einer wirkungsorientierten Steuerung in der ambulanten Suchtkrankenhilfe am Beispiel regionaler Beratungsstellen für suchtkgefährdete Jugendliche – Auftragsvergabe Juni 2006
- Strukturelle und qualitative Anforderung an die stationäre Versorgung in der Freien und Hansestadt Hamburg („Krankenhausplan“) – Auftragsvergabe Juni 2005
- Prozessberatung Zentralinstitut für Arbeitsmedizin (ZfA) – Auftragsvergabe April 2005

Im Übrigen siehe Drs. 18/6563 und 18/6629.